

Blickpunkt.

Der Mitgliederbrief der SPD Essen-Mitte



Liebe Genossin,
lieber Genosse,

im April 1987 titelte der Spiegel „Die Republik wird schwarz“, und das blieb dann ja auch bis 1998 so. Zumindest seit dem damaligen Spiegel-Befund kann ich mich an kein Jahr erinnern, das für die Sozialdemokratie so katastrophal verlaufen ist wie die vergangenen zwölf Monate.

Hand aufs Herz: Wer von Euch hätte denn Anfang 2017 ernsthaft damit gerechnet, dass wir sogar die Wahl in NRW vergeigen würden?

Warnzeichen im Wahlkampf hat es gegeben - sicher: Wenn die Leute nach der Ausstattung der Schulen, der Weisheit des Innenministers oder den kaputten Autobahnen und Schienenwegen gefragt haben statt danach, was uns - der SPD - wichtig erschien. Gehofft, wenigstens noch ganz knapp vor den Schwarzen ins Ziel zu kommen, haben wir dennoch - auch ich.

Für ein anständiges Ergebnis bei der Bundestagswahl haben wir dann auch noch gekämpft - wofür ich allen Aktiven im Ortsverein Essen-Mitte noch einmal ganz herzlich danken möchte, aber zumindest ich (jetzt darf ich es ja sagen) hatte keine große Hoffnung mehr: In einem sehr wohlhabenden Land einen allgemeinen Gerechtigkeitswahlkampf zu führen,

- ohne den Abgehängten konkrete Angebote zur Verbesserung ihrer Lage zu machen,

- ohne jungen Menschen zu sagen, wie sich die SPD soziale Sicherheit der Zukunft unter den Bedingungen einer komplett gewandelten Wirtschafts- und Arbeitswelt vorstellt und

- ohne den vielen, vielen Menschen, denen es zum Glück sehr gut geht, klar zu machen, warum auch für sie eine Ge-

sellschaft besserer Chancen für alle das Richtige ist - das musste schief gehen.

Es ist dann ja auch schief gegangen - mit etwas über 20 Prozent leider „noch schief“ als befürchtet. Dennoch ist mir aus drei Gründen um die Zukunft der SPD nicht bang.

1. Aus der NRW-Pleite haben wir gelernt, dass von der SPD auch klare Ansagen zu Themen jenseits des Sozialen, also z.B. Infrastruktur oder Innenpolitik erwartet werden. 2. Aus dem Ergebnis im Bund werden wir die Lehre ziehen, Ungerechtigkeit nicht nur zu beklagen, sondern auch konkrete Lösungen anzubieten, die - und das wird zugegebenermaßen anspruchsvoll bleiben - nicht nur die heutigen Alten, sondern auch die Zukunft der Jungen im Blick behalten. 3. Am meisten Hoffnung und auch Freude macht mir aber, dass es die SPD allen Bundesvorstandsquerelen zum Trotz erstmals seit Langem wieder geschafft hat, eine leidenschaftlich geführte öffentliche Debatte über Politik in Gang zu setzen.

Das hat ja in den letzten Wochen viele junge Menschen zu uns geführt, die ich hier nochmals ganz herzlich willkommen in den Reihen des Ortsvereins Essen-Mitte heiße.

Ich hoffe sehr, dass Ihr uns auch im politischen Alltagsgeschäft die Treue halten werdet, denn selbst die diskussionsfreudige SPD hat nicht jeden Tag so etwas Spannendes wie das Mitgliedervotum auf der Tagesordnung, und gerade im Alltag wartet auf uns noch eine Menge Arbeit.

In diesem Sinne grüßt Euch

Matthias

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

zur Jahreshauptversammlung mitsamt Wahlen für die nächsten zwei Jahre möchten wir Euch hiermit sehr herzlich form- und fristgerecht einladen.

Sie wird am 16. April um 19:00 Uhr im Rathaus, Raum 2.20 (Ratstrakt) stattfinden und voraussichtlich von unserem Ehrenvorsitzenden Gerd Mahler geleitet.

Die Tagesordnung wird vorgeschlagen wie folgt:

Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Essen-Mitte

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl der Mandatsprüfung- und Zählkommission
5. Bericht der Mandatsprüfung- und Zählkommission
6. Bericht des/der Ortsvereinsvorsitzenden
7. Bericht des/der Kassierers/Kassiererin
8. Bericht der Revisoren
9. Entlastung des Vorstands
10. Ggf. Beschluss über die Anzahl der BeisitzerInnen
11. Wahlen
 - a. Wahl des/der Vorsitzenden
 - b. Wahl der StellvertreterInnen
 - c. Wahl des/der Kassierers/Kassiererin / ggf. stellv. Kassierers/Kassiererin
 - d. Wahl des/der Schriftführers/Schriftführerin/ggf. Stellvertreter/in
 - e. Wahl der/des Mitgliederbeauftragten

**Jahreshauptversammlung mit
Wahlen**

16. April 2018

19 Uhr

im Rathaus, Raum 2.20

- g. Wahl der/des Internetbeauftragten
- h. Wahl der BeisitzerInnen
- i. Wahl der RevisorInnen
- j. Wahl der Delegierten zum Unterbezirksparteitag
- k. Wahl der Delegierten zum Unterbezirksausschuss
- l. Wahl der Delegierten zur Unterbezirksdelegiertenkonferenz zur Europawahl
12. (evtl.) Anträge
13. Verschiedenes
14. Schlusswort

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten!

Der Mitgliederentscheid: Gefahr oder Chance?

Dieser Tage waren die SPD-Mitglieder aufgefordert sich für oder wider eine Neuaufgabe der Großen Koalition zu entscheiden. Dabei sahen sich die 463.723 Genoss*innen von allen Seiten unter Feuer: Internationale Leitmedien, darunter die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und sogar die New York Times berichteten über den innerparteilichen Diskurs. Viele Beiträge differenzierten die Problematik für uns Genoss*innen sehr gut: Noch einmal in eine Koalition, die uns auf 20 Prozent gedrückt hat? Oder doch schnelle Neuwahlen bei einem historischen Tiefststand in den Umfragen?

Unter allen Berichterstattungen drohte jedoch eine Argumentation der SPD und der Demokratie in Deutschland mehr zu schaden, als zu nützen: Einige Zeitungen aus dem Inland veröffentlichten Meinungsartikel, die keine demokratische Legitimation für das Verfahren der Mitgliederbefragung sahen. Zu diesen Artikeln zählte insbesondere auch ein Artikel von Michael Thulmann in der Zeit Online vom 26. Februar 2018, also in den letzten Tagen der Abstimmung, als mutmaßlich auch viele unentschlossene Genoss*innen noch wankten zwischen Pro, Kontra oder Enthaltung. Damit griff der Artikel vielleicht schwerwiegend in den Prozess politischer Willensbildung ein. Diese Willensbildung aber ist der verfassungsgemäße Auftrag von Parteien!

Warum ist das dramatisch?

Thulmann nennt die langsame Regierungsbildung durch die Mitgliederbefragung ein gefährliches Element für eine Demokratie. Er hält die für ein „kompliziertes, verwundbares System“ und sieht sie in der Gefahr an einer „Überdosis“ Wahlen und Abstimmungen zugrunde zu gehen, weil eine Minderheit so die Mehrheit blockieren könne.

Die Argumentation hat aber einen entscheidenden Haken, lange bevor man sich zu der Frage „wieviel direkte Demokratie wir brauchen“ positionieren müsste: Der Entscheidungsfindungsprozess der SPD für oder gegen die Große Koalition mit den Unionsparteien ist mit dem von 2013 nämlich identisch. Das retardierende Element der Koalitionsbildung, welches der Autor für die Regierungsbildung von 2018 kritisiert, war 2013 aber nicht zu verspüren. Damals ging es mit der Regierungsbildung deutlich schneller. Der Prozess der Willensbildung kann also nicht das Problem sein. Der Autor verpasst sein Thema demnach bereits a priori.

Was verlangsamt also die Regierungsbildung 2017/2018?

Bei den letzten Verhandlungen 2013 gab es keine Verhandlungsrunden mit der FDP vorab. Die FDP war ja so eben aus dem Bundestag geflogen. Heute machen die Liberalen eher den Eindruck als wollten sie zwar gerne regieren, ihr allein entscheidender Chef Lindner aber wollte es nicht. Das kompromisslose und kompromissunwillige Entscheidungsmonopol war also 2017 das verzögernde Element, nicht der innerparteiliche Dialog. Diesen gab es in der FDP 2017 ja nicht.

Aber auch bei der SPD wird die Entscheidung nicht durch das

basisdemokratische Prozedere an sich verlangsamt, sondern durch unterschiedliche Bewertung der Inhalte und die absehbaren Konsequenzen. Für die SPD als Partei, die sich progressiv sieht, ist die Koalition mit einer konservativen Partei immer eine Notsituation, weil man aufpassen muss, dass man sich nicht ausbremsen lässt. Dieser Konflikt wird in der Partei diskursiv gelöst. Wir geben uns Zeit den Koalitionsvertrag miteinander zu diskutieren. Die Abstimmung als solche – Versendung, Ausfüllung, Rücksendung und Auszählung der Wahlunterlagen – erledigen die Genoss*innen binnen zehn Tagen; oft sogar schneller, wenn es die Post zulässt. Wir geben uns aber darüber hinaus noch Zeit mit unseren Mandatsträger*innen, in den Ortsvereinen und auf regionaler Ebene Pro und Kontra abzuwiegen.

Auf Grund dieser besonderen Situation brauchte es 2013 erstmals einen Mitgliederentscheid über die Koalition. Dieser war natürlich nicht formaljuristisch notwendig, aber er war ob der Wahrung demokratischer und inhaltlicher Überzeugungen geboten. Das wussten aber alle Diskursteilnehmer – Parteien, interessierte Wähler und insbesondere die Medienvertreter*innen – bereits zuvor. Insofern ist es bestenfalls billige Meinungsmache und schlimmstenfalls Wahlbeeinflussung kurz vor Ende der Abstimmung einen prominent platzierten Meinungsartikel dazu zu verfassen.

Demokratien wird seit ihrer Ersinnung in der Antike vorgeworfen, dass sie zu langsam seien in der Entscheidungsfindung. Das ist ein Topos der Ängstigung der in die Entscheidungsprozesse Eingebundenen gegenüber denjenigen, die künftig partizipieren wollen. Der Duktus dieses Narrativs ist: „Wenn auch ihr künftig mitmacht, wird es für uns alle gefährlicher.“ Mit dieser Argumentation haben zu jeder Zeit Demokratiegegner und Gegner von demokratischen und vor allem demokratisierenden Prozessen Stimmung gemacht gegen die Partizipation der Massen an politischen Entscheidungen. Ja, in Krisen sind manche Instrumente der Entscheidungsfindung, wie sie demokratische Verfassungen vorsehen, zu träge, um zu reagieren. Deswegen kannten bereits antike Verfassungen Notstandsgesetze und -vollmachten. Aber deren rechtmäßigen Einsatz musste man überwachen: Zu leicht konnten sonst Notstände für Machtergreifungen genutzt werden.

Deutschland aber steht heute nicht vor einer Katastrophe. Das Jahr 2017 war ein völlig normales Wahljahr. Allerdings mit einem bisher einmaligen Wahlausgang. Keine der früher üblichen Koalitionen auf Bundesebene ließ sich durchsetzen. Die SPD fuhr das schlechteste Ergebnis seit 1933 ein. Die Partei befindet sich daher in einer Phase der Konsolidierung und Neuausrichtung. Der FDP mag man ähnliches zu Gute halten: Sie will nicht regieren, nur um 2021 ein erneutes Waterloo zu erleben.

Uns Genoss*innen vorzuwerfen, hier gefährdeten wir die Demokratie, weil wir über die Konsequenzen einer erneuten Großen Koalition für die Partei und Deutschland nachdenken, setzt ein bestimmtes Staatsverständnis voraus. Es hieße,

>>> Fortsetzung von Seite 3:

dass es besser wäre notfalls gegen die wohl etwa 450.000 Genoss*innen, die kein Mandat innehaben, eine Koalition einzugehen. Und es hieße, dass die Genoss*innen sich in ihren Ortsvereinen, auf Regionalkonferenzen und anderen Plattformen kein Bild über Wirkung und Auswirkung des Vertrages machen könnten.

Damit verabschiedeten wir uns aber von einem wesentlichen Charakterzug aller Demokratien seit der Athenischen: dass nämlich jede*r in der Lage ist alle Ämter auszufüllen. Nicht nur, weil prinzipiell in einer Demokratie alle in jedes Amt gewählt werden können, sondern weil politische Ämter ihren Mandatsträger*innen zwar Fleiß und Willen zur Einarbeitung abverlangen, aber keine prinzipielle Ausbildung voraussetzen. Dass sich dabei nicht nur die Tüchtigeren, sondern auch die Intelligenteren oder besser Ausgebildeten letztendlich durchsetzen, ist dem Wettbewerb um die Ämter geschuldet. Kurz gesagt, wenn einfache Mitglieder nicht über den Inhalt von Koalitionsverträgen verständlich diskutieren könnten, wäre unsere Demokratie gescheitert.

Die Debatte innerhalb der SPD belehrt Michael Thulmann aber eines Besseren: Wir können. Und wir haben. Unabhängig vom Ergebnis waren die SPD-Mitglieder in der Lage Argumente beider Seiten gegeneinander abzuwiegen und in angemessener Zeit zu einem Ergebnis zu kommen. Am 4. März wird das Ergebnis verkündet werden. Ich habe mich selten so oft und so intensiv über Koalitionsverträge und konkrete politische Inhalte unterhalten, wie in den Wochen der Vertragsverhand-

lungen. Insbesondere mit Menschen außerhalb der SPD.

Der aktive Diskurs der Genoss*innen wirkt somit in die Bevölkerung hinein. Die Genoss*innen haben erneut bewiesen, wozu die Sozialdemokratie taugt: Sie befreit den Menschen aus seiner Unmündigkeit. Parteien wirken bei der politischen Willensbildung innerhalb ihrer Mitgliedschaft und über ihre Grenzen hinaus in zentraler Weise mit. Parteien können dies nur dann wieder verstärkt tun, wenn sie ihre Mitglieder in den politischen Diskurs stärker einbinden. Der Mitgliederentscheid ist darum als Instrument größerer politischer Partizipation zu bewerten, nicht als Gefahr für die Demokratie.

Der Angriff von Michael Thulmann in der Zeit Online hingegen ist als Angriff auf die politischen Grundrechte die das Grundgesetz formuliert zu werten. Dieses Recht bezieht sich aber nämlich nicht nur auf die exekutiven Gremien der Parteien, sondern auf ihre Gesamtheit. In Deutschland wird politische Meinung aber nicht normativ diktiert, sondern diskursiv geformt. Dass die SPD diesen Auftrag ernster nimmt als alle anderen Parteien ist das Pech fleißiger Anhänger von CDU, FDP, Grünen und vielen anderen. Keiner zwingt jene Parteimitglieder auf die Rechte der SPD-Genoss*innen zu verzichten. Ihre Unmündigkeit ist selbstverschuldet. Dass andere Parteien die Diskurse in ihrem Inneren scheuen transparent zu machen, ist das wahre Problem.

// Urs Wohltakt //

Resolution Frida-Levy-Schule

Die Stadt Essen kann heute mit weit mehr Investitionsmittel zum Schulbau rechnen, als in den vergangenen Jahren. Dies befähigt die Verantwortlichen, die größtenteils maroden Schulgebäude nicht nur zu sanieren, sondern auch über Neubauten nachzudenken.

Die Frida-Levy-Gesamtschule ist eine solche Schule in der Mitte der Stadt, die sich auch noch an zwei Standorten befindet. Erfahrungen aus der Renovierung der Gesamtschule Bockmühle haben gezeigt, dass Erneuerungen im Bestand im laufenden Schulbetrieb nur halbherzig durchgeführt werden können. Dies führt heute dazu, diese Gebäude trotz erheblicher Investitionen der letzten Jahre (ca. 5 Mio. €) abzuschreiben und neu zu bauen.

Um nicht das gleiche bei der Frida-Levi-Schule zu erleben und wieder nur im laufenden Betrieb zu renovieren, könnte hier eine Neubaumaßnahme nicht nur Erleichterung in der Schule sondern auch zu einer Schule an einem Standort führen.

Aus diesem Grund beschloss der OV SPD Mitte diese Aufforderung an die Ratsfraktion.

„Die Fläche der ehemaligen Volkshochschule an der Hollestrasse sollte als Fläche für die Gesamtschule Frida Levy re-

serviert werden. Für die Frida-Levy-Gesamtschule wurde ein hoher Bedarf an Renovierung bestätigt und im Finanzplan der Stadt eingepflegt. Die Schule hat für die Unterstufe räumlich von den Hauptgebäuden getrennt noch eine Dependence in der Hofterbergstrasse.

Für die Fläche der ehemaligen Volkshochschule sind nach vielen Jahren des Brachliegens neue Überlegung für die weitere Nutzung anzustellen. Insbesondere für den Neubau bzw. Renovierung der Frida-Levy-Gesamtschule.

Auf der Fläche der ehemaligen Volkshochschule böte sich die einmalige Gelegenheit, den Schulkomplex durch einen Neubau für alle Stufen an einem Standort zusammenzulegen und gleichzeitig Raum zu schaffen für Renovierungsarbeiten im laufenden Betrieb der Schule.

Die Mittel für den Erneuerungsbedarf der Schule sind vorhanden. Gleichzeitig könnte die Fläche des derzeitigen Standortes der Unterstufe der Gesamtschule für Wohnungsbau oder Gewerbe in Innenstadtnähe neben dem Rathaus genutzt und vermarktet werden.

Der SPD OV Essen Mitte bittet die Ratsfraktion entsprechende Beschlüsse zu diskutieren und ggf. zu fassen.“

Resolution zum Städtebau

Seit einigen Jahren schwillt in der SPD ein Konflikt nach dem Thema: „wir im Norden tragen die gesamte Last der Integration und werden immer unattraktiver für Wohnen und Arbeiten.“

Dieser Konflikt ging sogar so weit, dass manche Ortsvereine in manchmal mit schlechtem Stil geführten Auseinandersetzungen „Nord gegen Süd“ getreten sind.

Für den Ortsverein SPD Essen-Mitte ergibt sich hier ein schiefes Bild, da vorliegende Sozialdaten zeigen, dass Stadtteile wie die Innenstadt, das Nordviertel oder Altendorf erkennen lassen, dass sich hier ebensolche oder sogar schwierigere Verhältnisse im Zusammenleben der Bevölkerung ergeben.

Diese Probleme müssen nicht „Nord gegen Süd“ in Essen, sondern mit dem Handlungsprinzip der Verteilung von Mitteln nach „Bedürftigkeit“ erfolgen. Unterschiedliches muss unterschiedlich ausgestattet werden.

Deshalb hat der OV Essen Mitte diese Handlungsaufforderung an die Partei beschlossen:

„Stadtentwicklung in Essen in der Zukunft

Die Auflistung der Verteilung der nicht deutschsprachigen Kita – Kinder zeigt besser als alle anderen Faktoren die Richtung in die die Stadtentwicklung in der nahen Zukunft gehen wird.

Stadtteile mit mehr als 50% - Anteil dieser Kinder wie Alteness-Süd, Altendorf, Nordviertel und Stadtkern mit Südostviertel zeichnen schon die Richtung der Bevölkerungsentwicklung in diesen Stadtteilen vor. Diese Kinder werden sicherlich auch als Heranwachsende in den Schulen und später als Bewohner diese Stadtteile prägen.

Ein altes Gesetz der Stadtentwicklung sagt, dass überwiegender homogenen Besonderheiten immer Ghettos entstehen lassen. Dabei entstehen immer Parallelstrukturen dieser besonderen, das Ghetto prägenden Faktoren. (Anmerkung am Rande: dies gilt auch für sogenannte „Reichenghettos“.)

Es gilt: Ghattobildung ist das Gegenteil von Integration.

Nach allen heute vorliegenden Vorstellungen über Integration von Minderheiten ist die Förderung der Bildung und Spracherwerb eines der wichtigsten Faktoren. Daneben ist die vordringliche Aufwertung von baulichen Stadtstrukturen wie Straßen, Plätze, Sportanlagen, andere öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kitas in diesen Stadträumen dringend geboten um auch als Anreiz zu verstehen für eine Durchmischung dieser Räume zu sorgen. Es müssen sich viele Bürger von Essen vorstellen können, dass es sich lohnen könnte, auch in diese Stadtteile zu ziehen.



Was ist politisch zu tun – und dies sehr schnell, da Veränderung von Stadtstrukturen nur langsam vonstattgeht und die heutigen Kinder sehr schnell Erwachsene werden?

Hier exemplarisch einige Maßnahmen die in diesen Stadtteilen durchzuführen sind:

- Städtebaufördermittel sind schwerpunktmäßig zu investieren
- Mittel für Schulanerweiterungen erhalten Priorität
- unter Ausschöpfung aller gesetzlich gegebenen Vorgaben sind Personalstellen in diese Schulen und Kitas umzuschichten
- Lehrkräfte sollen einen besonderen Anreiz erhalten dort zu unterrichten
- vordringliches Schaffen von Neubauflächen für Wohnungsbau
- es sind Flächen für Wohnungsneubau und Gewerbe zu erschließen

Diese Umschichtung bedeutet auch, dass andere Stadtteile bei Subventionen etwas zurücktreten müssen. Dies ist für Essen ein politischer Kraftakt der nur mit Einsicht in die sonst entstehenden Probleme für die gesamte Stadt geschafft werden kann.“

„Debatte bis es quietscht!“ – GroKo – Ja oder Nein?-

Am 17.02.2018 luden die NRW-Jusos zu einer Debatte in Duisburg ein. Rund 450 Genossinnen und Genossen, sowie Gäste waren in der Mercatorhalle. Beide Seiten, GroKo-Befürworter und GroKo-Gegner, sollten über Inhalte und Fragen diskutieren und den Mitgliedern ohne Abstimmungsempfehlung eine Möglichkeit zur Meinungsbildung geben.

Zu Beginn begrüßte der Landesvorsitzende der NRW Jusos Frederic Cordes das Publikum und stellte die Diskutanten vor: Ulrich Kelber, MdB aus Bonn (Pro GroKo) und Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos aus Berlin (No GroKo).

Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nur eine Zusammenfassung zu einem Punkt, dem Thema Rente, stehen.

Kevin Kühnert mahnte an, dass wir in der Neuauflage der GroKo die großen Problem-Themen auf die nächste Generation verschieben. Das Rentenniveau bis 2025 auf 48% festzusetzen, sei nur ein Erfolg, wenn die Entwicklung schlechter ausfiele, als im Rentenbericht der Bundesregierung prognostiziert. Ab 2030 werden die Babyboomer in Rente gehen und das Verhältnis von Einzahlern und Beziehern der Rentenleistungen wird sich umkehren. Über kurz oder lang werden die Beiträge in dieser Höhe nicht ausreichen, sodass wir von der SPD vorschlagen auch Steuermittel in die Hand zu nehmen, um eine lebensstandardsichernde Rente zu gewährleisten. In der neuen GroKo würde die Frage der Rente aufgeschoben, und die jüngeren Generation werde in die private Vorsorge gezwungen, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht.

Ulrich Kelber sagte, dass durch den Eingriff die Renten bei 48% stabilisiert wird. Das Juso Argument, wonach die Rente erst nach 2024 unter 48% sinken würde, stimme nicht. Laut jetzigen Prognosen würde schon 2020 die Untergrenze erreicht werden, daher bräuchten wir auch eine Kommission die festhält, was noch getan werden bzw. verbessert werden muss. Nach 2040 würde sich die Lage bei der Rente beruhigen. Kommissionen seien sinnvoll, da neue Gesetze überprüft und verbessert werden müssten. Auf die Frage warum die Mütterrente nicht aus Steuermittel finanziert werde, gab Ulrich die Antwort, dass neue Leistungen zusätzlich durch Steuermittel finanziert werden müssen. Das Problem sei, das man durch wechselnde Mehrheiten keine langfristige Rentenpolitik machen könne. Ich finde das SPD Konzept der doppelten Haltelinien gut. Wir stabilisieren die Rente bei 48% und die Beiträge werden nicht über 20% steigen. Wenn das nicht reicht, müssen wir Steuermittel in die Hand nehmen.



Foto: jusosnrw

Beide Gäste zogen am Ende ein Fazit.

Kevin Kühnert: Wir haben keine Angst vor Neuwahlen. Wenn der Koalitionsvertrag abgelehnt wird, steht im Artikel 63 des Grundgesetzes wie der weitere Weg aussieht. Es gibt kein Chaos beim NEIN. Wir wollen eine gemeinsame Erneuerung, müssen klare Kante zeigen damit die AfD nicht stärker wird. Das Vertrauen zur SPD muss wieder wachsen und nicht durch z.B. Rüstungsexporte und Führungsversagen etc. beschädigt werden. Wenn die GroKo kommt muss sie 3,5 Jahre halten. Entweder wir schaffen es, die Missstände zu beseitigen oder zu gestalten das es voran geht. Das würde uns helfen stärker raus zu gehen und darüber sollten wir entscheiden.

Ulrich Kelber: Als erstes müssen wir unsere Führungsverantwortung in den Griff bekommen. Bei einem NEIN werden wir sicher Neuwahlen bekommen. Das wichtigste ist, dass wir konkret durch unsere Politik den Menschen helfen und das Leben verbessern. Wir schaffen eine Entlastung z.B. durch Abschaffung des Soli, der Abgeltungssteuer und die Erhöhung des Kindergeld. Ich bin zuversichtlich, dass wir einen guten Vertrag haben.

Die Veranstaltung war sehr informativ und es gab eine gute inhaltliche Diskussion. Ich bin mit dem guten Gefühl rausgegangen, dass ich die Argumente von beiden Seiten nachvollziehen konnte. Es war hart in der Sache, aber es wurde gerungen, welches der beste Weg für die SPD ist. Ich fand die Veranstaltung absolut gelungen.

// Frank Brzonkalik //

UNSERE TERMINE

Montag, 19.03. 2018 um 19:00 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Rathaus, Raum 2.17

Montag, 16.04. 2018 um 19:00 Uhr

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG SPD Essen-Mitte

JHV mit Wahlen. Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Rathaus, Raum 2.20

Montag, 28.05. 2018 um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Rathaus, Raum 2.17

Montag, 18.06. 2018 um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Rathaus, Raum 2.17

Montag, 16.07. 2018 um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Der Treffpunkt wird rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de bekanntgegeben

Montag, 17.09. 2018 um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Der Treffpunkt wird rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de bekanntgegeben

Montag, 15.10. 2018 um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Der Treffpunkt wird rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de bekanntgegeben

Freitag, 07.12. 2018

Nikolausfahrt mit der historischen Straßenbahn

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!

Treffpunkt und Uhrzeit werden rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de bekanntgegeben

Unser Ortsverein in Zahlen:

Möglicherweise verliert man bei der Geschwindigkeit der Ereignisse in unserer Partei nicht nur den Überblick über die gegenwärtigen Positionen und Personen, sondern auch auf die Mitgliederstruktur. Daher möchten wir Euch informieren, was sich seit der Bundestagswahl in unserem OV getan hat.

Seit Oktober 2017 haben wir

- 27 neue Mitglieder dazugewonnen!
- davon sind 9 weiblich, 18 männlich.
- 19 Genossinnen und Genossen sind in 2018 eingetreten, davon 12 zum 1. Februar.
- 16 der Neuen sind unter 35 Jahren, also haben die Jusos zumindest in unserem OV einen großen Zuwachs, was jedoch auch an den vielen Studentenwohnheimen in unserem Gebiet liegt. Andere Ortsvereine schauen bisweilen etwas neidisch auf unseren Standortvorteil.

So haben wir inzwischen

- 196 Mitglieder
- Davon 58 Frauen
- 81 Jusos
- Das Durchschnittsalter beträgt 45,8 Jahre

Es bleibt zu hoffen, dass diejenigen, die gerade seit diesem Jahr eingetreten sind, bei uns bleiben und die Partei, die Themen und die Strukturen zum Vorteil der Gesellschaft und der politischen Meinungsbildung nutzen und engagiert begleiten. Den älteren sei gesagt, dass uns soviel „junges Blut“ erfolgreich in schwierigen Zeiten unterstützen kann. Eine gute Balance aus Ruhe und Kraft wird uns mit Sicherheit auch im Diskurs mit den anderen Parteien nach vorn bringen!

//Julia Kahle-Hausmann//